

24.2.2021 - [Redaktionsmeldungen](#)

## Öffentliche Anhörung des Familienausschusses

Am 22.2.2021 wurde die geplante [Reform der Kinder- und Jugendhilfe](#) im Rahmen einer öffentlichen Anhörung des Familienausschusses von Sachverständigen diskutiert. Diese begrüßten die angestrebte und überfällige Reform, an verschiedenen Stellen wurden allerdings Nachbesserungen gefordert.

## Kritik an Kostenbemessung und Soll-Informationspflicht

In der öffentlichen Anhörung wurden der von der Bundesregierung vorgelegte **Entwurf für ein Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG)** und ein Antrag der FDP-Fraktion ([19/26158](#)) zur Abschaffung der sogenannten Kostenbeteiligung von Pflegekindern im SGBVIII diskutiert. Die Reform der Kinder- und Jugendhilfe stößt dabei bei Verbänden und Experten auf ein geteiltes Echo. Zwar wird deren inklusiver Ansatz begrüßt, dagegen werden insbesondere die **zu niedrig kalkulierten Kosten** kritisch gesehen. Zudem werde mehr Personal benötigt. So wurde in der Anhörung vorgeschlagen, eine **Personalbedarfsbemessung** für die Sozialen Dienste der Kinder- und Jugendhilfe in den Gesetzentwurf aufzunehmen.

Auch die Auswirkungen des Gesetzentwurfs auf die Fachkräfte in der Sozialen Arbeit wurden moniert. Statt Kooperation von Fachkräften und Berufsheimnisträgern werde der [Kinderschutz](#) auf die **Kontrolle und Weitergabe von Informationen** an das Jugendamt verkürzt. Das Handeln der Fachkräfte stehe damit nicht mehr unter der Prämisse der Prävention und Hilfe, sondern der **Gefahrenabwehr**.

## Positive Resonanz auf inklusiven Ansatz

Einhellig begrüßt wurde dagegen das Vorhaben, die Leistungen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen stufenweise in der Kinder- und Jugendhilfe des SGBVIII zu bündeln. Lediglich die **siebenjährige Frist**, in der dies geschehen soll, wurde teils als zu langfristig bewertet.

**Zum Weiterlesen:**

Thomas *Meysen*: „Stärkung von Kindern und Jugendlichen in Pflegefamilien und Einrichtungen – und mehr – Reform des SGB VIII mit dem Kinder- und Jugendstärkungsgesetz – KJSG“. Beitrag wird veröffentlicht in FamRZ 2021, 6.

**Quelle:** Heute im Bundestag (hib 219/2021) vom 22.2.2021